

Der Bürgermeister

Stabsstelle Integration

Herr Volker von Rüden, Tel. 171593

TOP: HIER, wo ich lebe, will ich wählen!/1. Ergänzung

Beschlussvorlage Nr. 019/2016/1

Produkt: 050 020 040 Integrationsangelegenheiten

Beratungsfolge

Rat der Stadt Lüdenscheid

Behandlung

öffentlich

Sitzungstermine

25.04.2016

Finanzielle Auswirkungen?

ja nein

investiv konsumtiv

Aufwendungen/Auszahlungen

Folgekosten (Afa, Unterhaltung...)

Kostenbeiträge Dritter/Zuwendungen

Sonstige Erträge/Einzahlungen

einmalig

lfd. jährlich

Bemerkung:

Haushaltsmittel ausreichend vorhanden?

ja, veranschlagt bei folgendem Konto: nein, Deckungsvorschlag:

Produkt bzw. Auftrag/Sachkonto/Bezeichnung:

Einmalig: / /

Laufend: / /

gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe

freiwillige Aufgabe

Grundlage:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid unterstützt die Forderung nach Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen.

Begründung:

Ein großer Teil der Menschen mit Migrationshintergrund lebt seit vielen Jahren in NRW, arbeitet hier, zahlt Steuern und engagiert sich in Vereinen – ohne jedoch die gleichen demokratischen Rechte wie alle anderen zu haben. Migrantinnen und Migranten wollen und sollen politisch mitbestimmen, denn Demokratie lebt von der Beteiligung. Die politische Ungleichbehandlung erschwert eine erfolgreiche Integration erheblich und kann nicht länger hingenommen werden.

Die Verfassungskommission des Landtags NRW erarbeitet derzeit Vorschläge für eine Reform der Nordrhein-Westfälischen Verfassung, daher sind die Parteien in NRW dringend aufgefordert, ihre Aussagen zur Einführung des kommunalen Wahlrechts umzusetzen. Politische Teilhabe in unseren Städten und Gemeinden muss für alle hier lebenden Menschen in einer demokratisch verfassten Gesellschaft möglich sein.

Daher unterstütze auch ich die Forderung nach Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen!

Der Integrationsrat der Stadt Lüdenscheid hat in seiner Sitzung vom 05.11.2015 auf Initiative des Landesintegrationsrates NRW einstimmig beschlossen, die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten an den Rat weiter zu leiten, mit der Bitte die Kampagne auf kommunaler Ebene zu unterstützen.

Lüdenscheid, den 14.04..2016

gez. Dieter Dzewas

Dieter Dzewas